

# Was ist das?

- 1 Eine Umzugsdecke, die beim großen Umzug von Verwaltungsabteilungen in den Michelsberg übrig geblieben ist und die beim geplanten großen Umzug von Verwaltungsabteilungen ins ehemalige Kreiswehrrersatzamt (beim ZOB) wieder verwendet werden soll.
- 2 Renoviervlies zum Abdecken des wertvollen Bodens bei der Sanierung des Dominikanerbaus durch die Universität. Zumindest der wurde geschont.
- 3 Zudecke für Flüchtlinge, die im Balkanzentrum ARE untergebracht sind – nach dem Motto: Wer g'scheit friert, haut auch früher wieder ab ...
- 4 Upcycling-Kunstwerk von Joseph Beuys, das aus Stoffabfällen genäht wurde; Objekt im Rahmen einer Ausstellung im neu eröffneten Kesselhaus.

Auflösung auf  
Seite 7

# Großspurige Pläne auf explosivem Gelände

Gewerbe und Industrie auf dem MUNA-Gelände heißt: Waldverlust, Grundwassergefahr, Kampfmittelrisiko und viele Schwierigkeiten mehr



Bunker auf dem MUNA-Gelände.

Foto: Erich Weiß

Ein neues großes Gewerbegebiet soll auf dem von den Amerikanern frei gegebenen MUNA-Gelände samt Schießplatz entstehen, das am östlichen Stadtrand nördlich und südlich der Geisfelder Straße liegt und das die Stadt von der BImA kaufen will. Die baurechtlichen Voraussetzungen werden gerade in die Wege geleitet, die öffentliche Auslegung für Flächennutzungsplan, Landschaftsplan und Bebauungsplan läuft bis 8. Februar 2016.

Rund 85 Hektar bestehender Wald müssen dafür gerodet werden, eine 12 Fußballfelder große Fläche. 75 Hektar – völlig jungfräulich, derzeit lediglich mit Natur bewachsen und belebt – sollen dann mit gewerblichen (ca. 14 ha) und industriellen (ca. 59 ha) Neubauten zubetoniert werden.

Dass für so viel Gewerbe und Industrie tatsächlich Bedarf

ist, davon ist man im Rathaus überzeugt. Man schießt auf mehr Gewerbesteuer im Stadthaushalt und will das Gewerbegebiet auf dem MUNA-Gelände, auf Biegen und Brechen, ohne Wenn und Aber, auf Teufel komm raus.

Genau so wirkt auch der Be-



Wertvolle Naturflächen.

Foto: Erich Weiß

bauungsplan mit dem Titel „Gewerbepark Geisfelder Straße“. Zahlreiche Gutachten wurden im Vorfeld erstellt: natur-schutzfachlich, geologisch, bezüglich Altlasten, Grundwasser und was es sonst noch so gibt. Und jedes einzelne dieser Gutachten läutet hörbar die Alarmglocken und führt klar vor Augen, dass man auf dem MUNA-Gelände und dem Schießplatz eben nicht so einfach am Reißbrett drauf los planen kann.

Über Jahrzehnte gewachsener Wald und wertvolle Sandmagerrasenflächen befinden sich hier mit zahlreichen seltenen Tier- und Pflanzenarten, teilweise vom Aussterben bedroht. Fast das gesamte Gebiet liegt im so genannten „wassersensiblen Bereich“ mit hohem Grundwasserstand – für Bebauung, gar mit Industrie (!),

durchweg problematisch. Der Boden ist in Teilen für Bebauung eher schlecht geeignet und müsste zuvor besonderen (weiteren) Untersuchungen unterzogen werden. Und die Altlasten durch militärische Nutzung, insbesondere als Munitionslager (daher die Bezeichnung MUNA) sind enorm. Zitat aus dem B-Plan: „Für das gesamte Plangebiet besteht weiterhin ein Generalverdacht, bei Eingriffen in den Untergrund auf unsystematisch vergrabene und/oder verteilte Kampfmittel, d.h. auf Explosivstoffe wie Gewehrpatronen, Granaten, Bomben, Zünder, Minen, Spreng- und Zündmittel zu stoßen.“ Bei Baumaßnahmen wäre deshalb mit einem vollständigen Austausch des Bodens zu rechnen. Doch die Hauptuntersuchung fehlt ohnehin noch. Klar ist: Jetzt schon konkrete Pläne zu beschließen, ist nicht anders als fahrlässig zu bezeichnen.

Doch die Stadtverwaltung kämmt sich die Sache schon zu recht. Den zur Abholzung vorgesehenen Wald will man ausgleichen – allerdings mit schon vorhandenem Wald auf demselben ehemaligen Armee-gelände. Kein Baum zusätzlich also, sondern ein bisschen aufhübschen, mehr Pflege- und Erhaltmaßnahmen – und schon hat man eine so genannte „interne Ausgleichsfläche“ gezaubert.

Die Kampfmittel sieht man im Rathaus auch nicht als Hindernis. Sie müssen weg, klar, aber finanziell soll der Bund (sprich BImA als jetzige Eigen-



Der geplante „Gewerbepark Geisfelder Straße“ (graue und orange Fläche) ist gut vier mal so groß wie das Gelände der Landesgartenschau im Jahr 2012. Aus dem Bebauungsplanentwurf.

tümerin) dafür aufkommen, was man über Vertragsklauseln beim Kauf des Areals zu regeln plant. Und alles andere wird sich auch irgendwie finden.

Die Hopplahopp-Planungen im Rathaus wirken wie ein stures „Augen zu, Ohren anlegen – und durch“, ohne Einsicht in die besondere Eigenart und die speziellen Rahmenbedingun-

gen dieses Geländes, die durch einen ganzen Stapel Gutachten veranschaulicht werden. Teile der MUNA ließen sich sicher nutzen, durchaus gewerblich, aber wer hier gestalten will, bräuchte Fingerspitzengefühl statt Scheuklappen, Visionen statt Versatzbausteine und Mäßigung statt Großmannssucht.

usa / sys

*Brief ans Rathaus*

**GAL**  
Stadtratsfraktion

Bamberg, im Januar 2016

Betrifft: Konversionsflä... – war da was?

Hey, Andy, du schrumpfender Konversions-Scheinriese,

wir leiden echt mit dir!!! Da hast du als OB dich noch vor einem Jahr über ein fettes Weihnachtsgeschenk unterm Christbaum gefreut: 450 Hektar Konversion nach Abzug der Amis – eine Riesensfläche, die man als Kommune beplanen, gestalten, ja und vielleicht auch deftig versilbern kann, gell?

Und was ist ein Jahr später? Auf der einen Seite tummeln sich Flüchtlinge in einem vom Freistaat Bayern eingerichteten Sonder-Balkan-Ghetto, auf der anderen Seite kündigen sich mit unersättlichem Patzhunger die Blauen von der Bereitschaftspolizei an, und wer weiß, wem sonst noch was Beknacktes einfällt.

400.000-Euro-Wettbewerb von sechs Planer-Büros samt Bürgerbeteiligung im aufwändigen Arena-Verfahren ... und plötzlich haste keine Fläche mehr für die ganzen Ideen? Das ist doch echt zum Pläne Kotzen. Und im durchgeknallten München versorgt man dich mit wöchentlich neuen Aprilscherzen irrer Politikstrategen.

Mensch Andy, so stellt man sich seine Oberbürgermeisterschaft nicht vor, oder? In einem Jahr vom kraftvollen „Gestaltungs-Tiger“ zum gehetzten „Nichtmalmehr-Verwaltungs-Meerschweinchen“, echt ätzend.

Ohne Scheiß, Andy, wir hätten auch lieber gegen deinen Versilberblick oder dämliche Stadtratsideen gestritten als Polizeikohorten und verfehlt Asylpolitik hinnehmen zu müssen.

Lass uns nei'n Rückel gehen ... einen saufen ...

*Deine GAL Fraktion*



Solarthermie - Photovoltaik  
Regenwassernutzung  
Heizungsbau - Sanitär -  
Badsanierung - Rohrreinigung  
TV-Kanaluntersuchung -  
Kalkschutz

Kunden- und Notdienst Öl & Gas

**Ludwig Kestler**

Trattstr. 5 • 91362 Pretzfeld • Tel. (0 91 94) 4593  
Fax 79 55 18 • www.heizungsbau-kestler.de  
Mobil (01 71) 5 88 02 42 - nur in Notfällen

**ÖKOHAUS**  
LOGISCH Bauen

BAMBERG

seit 1989

Ihr Bamberger Fachgeschäft  
für ökologisches & gesundes  
Bauen, Wohnen und Schlafen

Armeestraße 5  
www.oekohaus-bamberg.de Tel.: 0951-915 200

Mo - Fr: 9 - 18Uhr Sa: 9 - 13Uhr



14 Portraits von Menschen mit Behinderung, deren Schicksal vom Krieg geprägt oder bestimmt wurde.

**barriere:zonen**  
von Till Mayer

72 S., 54 Abb., 21 x 26 cm, geb., ISBN: 978-3-940821-43-0 10,00 EUR

Im Buchhandel oder bei [www.erich-weiss-verlag.de](http://www.erich-weiss-verlag.de)

**KAUFRAUSCH**

Austraße 27 · 96047 Bamberg  
Tel. 0951-23807 · [www.kaufrausch-bamberg.de](http://www.kaufrausch-bamberg.de)  
Mo.-Fr. 10.00-18.00 Uhr · Sa. 10.00-16.00 Uhr

NAH- UND FERN  
**UMZÜGE**  
PETER SCHIELE

Auslandstransporte  
Möbel- und Küchenmontage  
Möbellagerung · Außenaufzug

96052 · Gundelsheimer Str. 100  
☎ (09 51) 6 93 39 · Fax 6 73 40

Im Gespräch mit Martin Becher

# „Der Kitt dieser Gruppe ist action. Man macht überall mit. Hauptsache Rabatz.“

Im vergangenen Oktober hob die Polizei ein Waffen- und Sprengstofflager des Bamberger Kreisverbands der Partei „Die Rechte“ aus. Die 99Z befragte dazu Martin Becher, den Leiter der Projektstelle gegen Rechtsextremismus, und gewann überraschende Einblicke in den rechtsonderbaren Charakter der örtlichen Szene.

99Z: Haben Sie mit solchen Funden gerechnet oder waren Sie überrascht?

Becher: Dass der Bamberger Kreisverband von „Die Rechte“ gewaltbereit ist, wusste ich natürlich. Denn Angriffe auf das Balthasar und Schlägereien auf der Straße mit Antifaschisten waren ja bekannt. Das Ausmaß dieser Funde hat mich aber dann doch schockiert. Damit hätte Schlimmes passieren können.

99Z: Die Polizei konnte das also gerade noch rechtzeitig verhindern?

Becher: Die Polizei hat genau zum richtigen Zeitpunkt gezielt zugeschlagen, ja. Und das wiederum war von langer Hand vorbereitet, was übrigens nicht selbstverständlich ist. Die Bam-

berger Gruppe. Es sind die, die Parteiämter übernehmen, auch überregional, die Kundgebungen anmelden, die für Strategie und Planung zuständig sind. Sie sind ideologisch überzeugten und gefestigten Neonazis. Die anderen sind eher Mitläufer, aber ausgesprochen gewaltbereit. Um das zu verstehen, muss man wissen, wie die Bamberger Szene entstanden ist.

99Z: Wie ist also die Entstehungsgeschichte? Aus welchem Milieu kommt „Die Rechte“ in Bamberg?

Becher: Interessanterweise – und das ist in Bamberg besonders – ist „Die Rechte“ nicht aus neonazistischen Tendenzen entstanden. Sie kommen aus der Hooligan- und Rockerszene, nicht wenige sind schon seit

ne in Bamberg, dann wurden politische Kundgebungen angemeldet usw. Festzuhalten bleibt aber die ungewöhnliche Reihenfolge. Üblicherweise schnappen Leute rechtes Gedankengut auf, klopfen dann erste fremdenfeindliche Sprüche, schmieren mal ein Hakenkreuz wohin und rutschen so langsam nach rechts und in

## Die Bamberger rechte Szene war erst gewalttätig und hat dann eine rechte Gesinnung adaptiert.

Richtung Gewalt ab. Die Bamberger Rechten waren zuerst gewalttätig – polizeibekannt und mit etlichen Vorstrafen – und haben dann dazu eine rechte Gesinnung adaptiert.

99Z: Wie stark ist „Die Rechte“ in Deutschland bzw. Bayern?

Becher: Wie gesagt, veröffentlichte Mitgliederzahlen gibt es nicht. „Die Rechte“ hat in Bayern mittlerweile vier Kreisver-

te Alternativen schaffen. In Bayern hingegen war vor allem das Freie Netz Süd als Kameradschaft aktiv, als dessen politischer Nachfolger die neugegründete Partei „Der Dritte Weg“ gilt. Eigentlich ging man also davon aus, dass die Claims zwischen Drittem Weg und der Rechten abgesteckt sind, Dritter Weg vor allem im Süden

und Osten Deutschlands, die Rechten im Norden und Westen.

99Z: Das heißt, es ist hierzulande zu einer Konkurrenz der beiden neonazistischen Parteien gekommen?

Becher: Ja, obwohl Bayern eigentlich als ein Kernland des Dritten Wegs gilt. Die Führungskader der Rechten setzen sich vorwiegend aus Leuten zusammen, die sich mit dem Dritten

Weg oder der NPD zerstritten haben. Die sind sich spinnefeind. Es ist auch schon zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden rechten Lagern gekommen. Aber auch hier fallen die Bamberger wieder raus.

99Z: Inwiefern?

Becher: Die Leute vom Bamberger Rechte-Kreisverband gehen auch zu Aktionen, die vom Dritten Weg organisiert werden – nach dem Motto: Hauptsache Rabatz. Sie waren zum Beispiel als Bamberger Gruppe 2015 und 2014

richtig werden sollte. Hier waren vor allem die Bamberger federführend und gingen ziemlich aggressiv gegen die örtlichen Nachbarn vor. Als es Gegenproteste unter dem Motto „Stammheim ist bunt“ gab, postete die Bamberger Rechte freudig auf Facebook ein Bild, auf dem brennende Banner mit diesem Motto zu sehen waren. Sie haben also alles getan, um die Leute vor Ort gegen sich aufzubringen. Da gehen andere Rechtsextreme intelligenter vor, z.B. als sie in Oberprex im Landkreis Hof einen Treff etablierten: Dort fragen die Neonazis die Nachbarn, ob sie auch nicht zu laut sind, oder ob parkende Autos stören, und kehren ordentlich die Straße, machen also auf brave biedere Mitbürger und sind um Akzeptanz in der Bevölkerung bemüht. Das haben die Bamberger offensichtlich nicht drauf.

99Z: Wie sehen Sie die Zukunft der „Rechten“ in Bamberg, besteht eine Bedrohung weiter?

Becher: Für „Die Rechte“ in Bamberg ist nach den Bombenfunden nun mit mehreren Strafverfahren zu rechnen. Dass die Bamberger so leicht aufgefliegen sind, weil sie sich den Sprengstoff ins Haus haben liefern lassen, ist natürlich kein Ruhmesblatt und hebt auch nicht ihr Ansehen in der Szene. Der Ruf dürfte ruiniert sein. Auf der Homepage von „Die Rechte“ distanziert sich die „Schriftleitung“ bereits von den Vorkommnissen. Insofern ist die Frage, ob sie weitermachen und cleverer werden oder es künftig lieber sein lassen.

99Z: Und wie ist es mit anderen rechtsextremen Gruppierungen in Bamberg?

Becher: Noch wenig wissen wir über „Die Identitären“. Sie kommen eher aus einem akademischen Milieu und sind auch an der Bamberger Uni aktiv. Dort hat man schon einige Aufkleber gefunden. Sie geben sich intellektueller, sie gilt es zu beobachten. Und dann gibt es natürlich noch die NPD mit ihrem Bezirksvorsitzenden

## Sie sind taktisch ungeschickt.

ren rechtsextremen Gruppierungen in Bamberg?

Becher: Noch wenig wissen wir über „Die Identitären“. Sie kommen eher aus einem akademischen Milieu und sind auch an der Bamberger Uni aktiv. Dort hat man schon einige Aufkleber gefunden. Sie geben sich intellektueller, sie gilt es zu beobachten. Und dann gibt es natürlich noch die NPD mit ihrem Bezirksvorsitzenden

## „Die Rechte“ in Bamberg

Im Oktober 2015 führte die Polizei eine groß angelegte Razzia in Bamberger Wohnungen durch und entdeckte illegale Waffen und Sprengstoff, 13 Personen wurden festgenommen. Man geht davon aus, dass die Täter\*innen Anschläge auf Flüchtlingsheime und den Studierenden-Treff Balthasar geplant hatten. Die als „Kugelbomben“ einsetzbaren Feuerwerkskörper waren über den Postversand aus Polen bestellt und von der Polizei abgefangen worden. Nach aktueller Kenntnislage befinden sich derzeit noch zwei Personen in Haft. Verschiedene Ermittlungsverfahren laufen. Genauere Angaben wollte die Bamberger Staatsanwaltschaft trotz mehrmaligem Nachfragen der 99Z nicht geben. Seither wurden drei angemeldete Kundgebungen der „Rechten“ von der Stadt verboten. Die Partei „Die Rechte“ wurde 2012 in Deutschland gegründet. Der erste Kreisverband in Bayern entstand im April 2014. Im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2014 wurde die Mitgliederzahl deutschlandweit mit 80, in Bayern mit 10 angegeben.



Martin Becher leitet die Projektstelle gegen Rechtsextremismus in Bad Alexandersbad, in diesem Zusammenhang ist er auch Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz und Demokratie. [bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de](http://bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de)

Infos über die rechte Szene in Bayern:  
[endstation-rechts-bayern.de](http://endstation-rechts-bayern.de)



Mitte November, Demonstration zum Heldengedenken in Wunsiedel, mit ca. 230 Neonazis, darunter der Bamberger Kreisverband von „Die Rechte“. Mit dem Text des Banners nehmen die Bamberger Neonazis eindeutig Bezug auf die kurz zuvor aufgrund der Sprengstofffunde verhafteten „Helden“ aus den eigenen Reihen. Foto: Thomas Witzgall

berger Polizei hat die teilweise gewalttätigen Aktionen der Rechten in Bamberg nie als Dumme-Jungen-Streiche abgetan, sondern hat die Szene immer genau beobachtet. Deshalb war sie über die Beschaffung des Sprengstoffs informiert und griff nun ein. Eine sehr professionelle Arbeit.

99Z: Der Kreisverband Bamberger der Partei „Die Rechte“ wurde im März 2015 gegründet. Was sind das für Leute, und wie viele sind es überhaupt?

Becher: Wie viele aktuelle Parteimitgliedschaften es hier gibt, darüber habe ich keine Informationen. Ich würde sagen, es sind so 15 bis 20 Aktive, darunter ein ideologischer Kern von ca. fünf Personen. Sie kommen vor allem aus Bamberg-Ost und dem Landkreis. Sie haben keinen akademischen Hintergrund. Und es sind nicht nur ganz junge Leute, es sind darunter Väter und Mütter von Familien.

99Z: Was meinen Sie mit: ideologischer Kern?

Becher: Damit meine ich die Führungskräfte innerhalb der

Jahren als gewalttätig in der Fanszene des FC Eintracht bekannt, erhielten dort auch Stadionverbot. Das heißt, die Leute kommen aus einem Milieu, in dem es vor allem um Gewaltaktionen ging, zweitrangig ist bzw. war, gegen wen. Politisiert wurde diese Szene erst vor ca. eineinhalb bis zwei Jahren, als zunehmend mehr Geflüchtete nach Deutschland kamen. Dann gab es erst eine Facebook-Seite gegen Asylsuchende in Hirschaid, dann ei-

ber 99Z: Warum nicht?

Becher: Ein wesentliches Gründungsmoment für diese Partei war eigentlich das Verbot der neonazistischen Kameradschaften in NRW und das Schwächeln der NPD, bei der mit einem Verbotverfahren zu rechnen ist. Man woll-

bände, in Nürnberg, München, Rosenheim und eben Bamberg. Dabei hatte man in Bayern eigentlich gar nicht mit einer solchen Parteigründung gerechnet.

99Z: Warum nicht?

Becher: Ein wesentliches Gründungsmoment für diese Partei war eigentlich das Verbot der neonazistischen Kameradschaften in NRW und das Schwächeln der NPD, bei der mit einem Verbotverfahren zu rechnen ist. Man woll-

te in Wunsiedel beim „Heldengedenken“ dabei oder bei der 1. Mai-Demo in Saalfeld. Sie sind vor allem gewalt- und aktionsorientiert. Wo was los ist, wollen sie nicht fehlen, egal wer oder was dahinter steht. Der Kitt dieser Gruppe ist nicht in erster Linie Neonazismus, sondern schlicht „action“.

99Z: Besonders anschlussfähig für die Bevölkerung ist das aber nicht, oder?

Becher: Genau. Deswegen ist die Bamberger „Rechte“ auch schon vielfach gescheitert. Sie haben es bislang – zum Glück – nicht geschafft, in merkbarem Ausmaß Sympathien bei der Bevölkerung zu erringen, was sich auch in der äußerst geringen Beteiligung an ihren bisherigen Demonstrationen zeigt.

99Z: Mangel es also an Strategiefähigkeit?

Becher: Eindeutig. Wie taktisch ungeschickt sich der Bamberger Kreisverband verhält, war jüngst auch in Stammheim in Unterfranken zu beobachten, wo die Landeszentrale der Partei mit dem Titel „patriotisches Zentrum“ einge-



Banner als Gegenaktion in Wunsiedel. Foto: Thomas Witzgall

Interview: sys

# Sozialstaat hinkt dem Wohnungsmarkt hinterher

**Die Statistik für Bamberg zeigt: Sozialleistungen für Mieten (KdU) wurden zwar angehoben, aber gleichzeitig stiegen auch die Mieten. Vor allem für Alleinerziehende hat sich die Situation in den letzten Jahren sogar noch verschlechtert.**

Auf der Seite der Bundesarbeitsagentur finden sich interessante statistische Zahlen – auch zum Bamberger Wohnungsmarkt. Man kann dort aus detaillierten Tabellen herauslesen, in welcher Höhe z.B. Hartz-IV-Bezieher\*innen „Kos-

ten der Unterkunft“ (KdU) vom Jobcenter erhalten haben. Diese kann man dann mit den von ihnen tatsächlich zu zahlenden Mieten vergleichen. Die Differenz mussten sie aus dem normalen Leistungsbezug finanzieren, man könnte auch sa-

gen, sich vom Mund absparen.

Seit 1.1.2014 gilt ein neuer qualifizierter Mietspiegel in Bamberg, der auch die KdU-Obergrenzen neu festlegte. Fragt sich also: Hat sich damit etwas verbessert?

Wenn man die Statistiken von Oktober 2012 und Juni 2015 genauer miteinander vergleicht, so kommt man zu folgendem Ergebnis:

Die anerkannten KdU pro Bedarfsgemeinschaft (also die

vom Jobcenter übernommenen Mieten) sind von 355 Euro auf 387 Euro pro Monat gestiegen, also um plus 32 Euro. Das ist dem neuen Mietspiegel und der KdU-Anhebung zu verdanken. Allerdings hilft das den nicht ganz 2000 Betroffenen nur teilweise. Denn im selben Zeitraum stiegen ihre tatsächlich zu zahlenden Mietkosten auch an, und zwar von 377 auf 406 (also um plus 29 Euro). Mit anderen Worten, die KdU hinken den tatsächlichen Mieten noch immer hinterher und decken nicht den tatsächlichen Bedarf: Im Juni 2015 mussten die Bedarfsgemeinschaften 19 Euro aus eigener Tasche drauflegen, um ihre Miete zahlen zu können, das ist nur ein biss-

chen weniger als vor fast drei Jahren mit damals 22 Euro.

Wenn man sich die größte Gruppe der KdU-Bezieher\*innen ansieht (das sind über 1000 allein stehende Personen), so lag die Differenz zwischen tatsächlich gezahlten Mieten und vom Jobcenter anerkannten Mieten im Oktober 2012 bei 22 Euro und im Juni 2015 bei 14 Euro. Diese Singles zahlen im Durchschnitt also immer noch drauf, aber ihre Situation hat sich doch schon merklich gebessert.

Anders bei der zweitgrößten Gruppe (knapp 300 Alleinerziehende mit jeweils einem Kind): Sie müssen heute sogar noch tiefer ins eigene Portemonnaie greifen, um ihre Mie-

te zu finanzieren: Im Oktober 2012 mit 16 Euro und im Juni 2015 mit 22 Euro. Sie profitieren also nicht von der Entwicklung.

Noch schlechter ist die Situation für mehr als 100 Alleinerziehende mit zwei Kindern: Sie mussten im Oktober 2012 ebenfalls noch 16 Euro aus eigener Tasche zahlen, im Juni 2015 waren es ganze 24 Euro.

Das zeigt, wie dringend das Angebot bezahlbaren Wohnraums in Bamberg verbessert werden muss. Denn ganz offensichtlich sind Menschen mit geringem Einkommen immer noch gezwungen, in zu teuren Mietwohnungen zu wohnen bzw. finden keine Alternative.

5/15



## Wohnungsmangel schafft Armut und seelische Not

Die Bamberger „Wohnungs-Initiative“ (kurz Wohn-Ini) – ein Zusammenschluss aus Familienbeirat, Seniorenbeirat, Migranten- und Integrationsbeirat, den Wohlfahrtsverbänden und dem Verein „Freund statt fremd“ – sammelte in den letzten Jahren Fallbeispiele, um den Wohnungsmangel und die unzureichenden „Kosten der Unterkunft“ in Bamberg zu veranschaulichen. Die Fälle machen deutlich, dass so auch Armut entsteht bzw. verschlimmert wird. Es sind die kleinen, oft unspektakulären Geschichten, die aber in ihrer Fülle die Frage stellen lassen: Muss das sein?

Hier einige Beispiele aus der Fallsammlung der letzten Jahre, auf Wunsch der Betroffenen anonymisiert:

5/15

### kurz nachgefragt

## Der Runde Tisch ist zur Märchenstunde verkommen

Im Jahr 2013 wurde auf Betreiben des Familienbeirats und der Familienbeauftragten Gisela Filkorn der „Runde Tisch Wohnen“ ins Leben gerufen. Vorbild waren andere Städte wie Hamburg und Nürnberg, Forchheim und Freiburg. Grundidee: Die Entscheidungsträger aus der Stadt sollen mit Bauträgern und Wohlfahrtsverbänden ausloten, wie bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann – und natürlich sollen sie dies in konkretes Handeln umsetzen. Jetzt verlässt Gisela Filkorn den Runden Tisch unter Protest. Die 99Z fragte, warum.



Gisela Filkorn

99Z: Frau Filkorn, warum werfen Sie das Handtuch?

Filkorn: Weil der Runde Tisch einfach null Ergebnis gebracht hat. Es wurde viel geredet und nichts wirklich umgesetzt. Das ist Zeitverschwendung für alle Beteiligten.

99Z: Was hatten Sie sich denn erwartet?

Filkorn: Wir vom Familienbeirat wollten etwas in Gang setzen. Unsere Intention war: Alle Beteiligten am Wohnungsbau an einen Tisch zu bringen, für einen Austausch, für Gespräche auf Augenhöhe, und zwar auf oberster Führungsebene, für Diskussion um die richtigen Wege. Mit dem Ziel, einen Notstand abzuschaffen, denn es gibt viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum in Bamberg, nicht nur für Geringverdiener, sondern auch für Normalverdiener. Die Stadt verliert ständig junge Familien, die in den Landkreis abwandern. Es war gar nicht unbedingt der Wunsch des Familienbeirats, am Runden Tisch beteiligt zu werden. Es kam

uns viel mehr darauf an, dass sich die Führungsebenen austauschen.

99Z: Was genau hätte also beim Runden Tisch passieren müssen?

Filkorn: Der Bedarf an Wohnungen müsste mit den vorhandenen Baugebieten in Einklang gebracht werden. Und daraus müssten sich dann Baupläne und Bauvorhaben entwickeln, und zwar schnell. Die Stadt könnte vergünstigte Grundstückspreise für sozialen Wohnungsbau anbieten. Die Stadt könnte in Bebauungsplänen feste Mindestquoten für Sozialwohnungen fest schreiben, an die sich Bauträger dann zu halten haben. Das machen viele andere Städte auch so. All das sollte gemeinsam erarbeitet werden. Gute Rahmenbedingungen für bezahlbare Wohnungen schaffen, das wäre das zentrale Ergebnis gewesen.

99Z: Und das ist in Bamberg nicht gelungen?

Filkorn: Nein, in drei Sitzungen seit 2013 gab es nur Be-

richte von der Verwaltung, aber kaum Austausch, wenige Nachfragen, kein Erörtern. Vor allem die Unternehmen, die sozialen Wohnungsbau drauf haben und echt können, kamen gar nicht zu Wort, niemand interessierte sich für ihre Meinung. Stattdessen wurde vorgetragen, was Bamberg tun könnte oder was andere Städte tun, als wenn man schöne Märchen vorliest. Aber kaum etwas wurde für Bamberg tatsächlich umgesetzt. Das allermeiste blieb immer auf dem Papier. Von dem Konzept „Wohnen 2020“, das 2013 vom Stadtrat beschlossen wurde und wirklich gute Ansätze beinhaltet, ist bis heute so gut wie nichts umgesetzt.

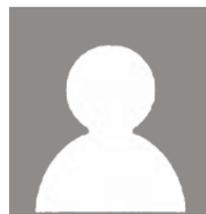
99Z: Warum, glauben Sie, ist das so gelaufen?

Filkorn: Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, dass die Stadt ein völlig anderes Format aus der Veranstaltung gemacht hat. Frontalvortrag statt Diskurs. Und das führt zu nichts. Aber warum – das ist mir schleierhaft.

Interview: sys



Frau R. ist krebskrank und lebt nach der Trennung von ihrem Partner allein mit ihrem Kind in der Wohnung, die nun nach KdU-Maßstäben zu groß ist. Das Jobcenter übernimmt deshalb nicht die volle Miete. Frau R. hätte gute Chancen mit einem Widerspruch oder einer Klage, ist aber aufgrund ihrer psychischen und physischen Belastung nicht in der Lage, dies durchzustehen.

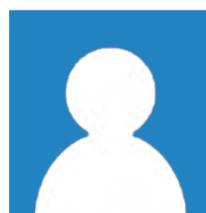


Herr P. ist Rentner und allein stehend. Er wohnt in einer Altbauwohnung unter dem Dach, die nicht gedämmt ist. Dadurch hat er hohe Nebenkosten für die Heizung. Diese werden nicht anerkannt, er muss einen großen Teil selbst berappen. Eine andere angemessene Wohnung hat er bislang nicht gefunden.



Frau M. fühlt sich wie in einem Teufelskreis. Sie ist gut ausgebildet und möchte arbeiten, findet aber keine Stelle, weil ihr Beruf viel Flexibilität fordert, welche sie – allein mit ihrem Kind im Grundschulalter – nicht gewährleisten kann. Jetzt lebt sie von Hartz IV und wohnt im Landkreis. So kann sie viele Hilfsangebote in Bamberg wie die Teilnahme an Selbsthilfegruppen oder Essen über „Die Tafel“ nicht wahrnehmen.

Auch ihr Auto kann sie sich eigentlich nicht mehr leisten, ist aber darauf angewiesen. Sie hat Schulden, aber das Abzahlen fällt ihr auf diese Weise schwer. Seit längerem sucht sie vergeblich eine Wohnung im Stadtgebiet.



Die Familie C. (Eltern mit fünf Kindern) migrierte nach Deutschland und kroch zunächst bei den Großeltern unter. Es dauerte lange, bis sie wenigstens eine kleine Drei-Zimmer-Wohnung fanden. Das größte Problem war, dass in der Wohnung die Wäsche von sieben Personen zum Trocknen stand – für die Kinder war gar kein Platz mehr zum Spielen übrig. Über einen Wohlfahrtsverband konnte sich Familie C. einen Trockner besorgen, aber der kostet ganz schön viel Strom, den sie irgendwie finanzieren müssen.



Frau K. ist Rentnerin und über 70 Jahre alt. Sie wohnt seit mehr als 40 Jahren in ihrer Wohnung, deren Miete die KdU-Obergrenze deutlich übersteigt. Ausziehen will und kann Frau R. nicht, denn sie ist wegen ihres Alters auf die Hilfe der Nachbar\*innen angewiesen. Und in der näheren Umgebung konnte sie keine billigere Wohnung finden.



Foto: Sebastian Kaulitzki / www.fotolia.de

# Mit dem Elektroauto aus der Umweltkrise?

Das Elektroauto ist kein Allheilmittel. Es kann nur Teil einer neu gestalteten und vernetzten Mobilität sein. Bamberg ist da erst am Anfang.

Wir stellen auf Elektromobilität um – und alles wird gut. Nein, eben nicht. So einfach funktioniert Verkehrspolitik (leider) nicht. Das glaubt vielleicht die Bundeskanzlerin, die mit ihrem „Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität“ im August 2009 das Ziel ausgab, bis 2020 die Zahl der Elektroautos in Deutschland auf eine Million zu bringen. Anfang 2015 waren es 18.948 Elektroautos – 1,9% der angestrebten Zahl und 0,04% des gesamten PKW-Bestandes.

Das glaubt vielleicht auch der Bamberger CSU-Stadtrat Gerhard Seitz, der vor kurzem beantragte, E-Autos in Bamberg durch zahlreiche Maßnahmen zu fördern. Beispielsweise will er, dass die Stadt beim Kauf eines Elektroautos 1000 Euro zuschießt, E-Auto-Fahrer\*innen jeden Parkplatz kostenlos nutzen und auf allen Busspuren fahren dürfen und nachts ihren

Strom zum Aufladen des Autos billiger bekommen.

Der CSU-Mann zeigt damit zwar, dass er das E-Auto als zusätzliche Mobilitätsform erkannt hat, solche pauschalen Politikansätze lassen dennoch eine dringend nötige differenzierte Sichtweise vermissen. Denn es kann nicht unser Anliegen sein, fossile Mobilität einfach eins zu eins durch Elektromobilität zu ersetzen. E-Mobilität kann nur ein kleiner, zusätzlicher Baustein sein in einer variantenreichen Angebotspalette der Fortbewegung der Zukunft, deren Ziel es sein muss, den motorisierten Individualverkehr (MIV) auf ein notwendiges Mindestmaß zu begrenzen.

## Mobilität der Zukunft

„Verkehrsträgerübergreifende Mobilität“ ist das Schlagwort, das Kommunen oben auf ih-

rer verkehrspolitischen Agenda haben sollten. Das heißt: Jedem Bürger steht eine breite Auswahl von Möglichkeiten zur Verfügung, wie er von A nach B kommt, dem jeweiligen Bedarf angemessen. Auf diese Auswahl kann er zentral zugreifen, da alle Verkehrsträger miteinander kooperieren: örtlicher ÖPNV, überregionaler Zug-/Busverkehr, Car-Sharing-Anbieter, Leih-Fahrradsystem, Lieferdienste usw. In solch ein System können auch E-Fahrzeuge integriert sein (als Car-Sharing-Autos, E-Bikes, E-Busse usw.). Individuell genutzte E-Autos sind dann nur noch ein Zusatz für besondere Wege, die anders im System nicht unterzubringen sind.

Informationsplattformen bzw. Apps vernetzen Infos über die jeweiligen Angebote. Abos, Dauerkarten usw. sind für die verschiedenen Mobilitätsarten nutzbar und übertragbar. Es

gibt eine individuelle Mobilitätsberatung für tägliche Pendelwege zwischen Zuhause und Arbeitsplatz, Kindergarten, Schule, Pflegeheim usw.

In diesem Rahmen kann man natürlich auch E-Autos fördern, allerdings nicht, indem man sie gegenüber dem ÖPNV bevorzugt. Busspuren sollten nicht durch MIV belastet werden, auch nicht, wenn der elektrisch betrieben wird. Und zumindest die Innenstadt sollte man nicht mit Autokaroserien zaparken, auch wenn die statt aus Blech aus Alu bestehen. Was die Stadt also ganz sicher nicht fördern sollte: Dass ein wohl begütertes Ehepaar mit seinem Dritt-Auto in der Stadt auf Busspuren spazieren fährt, kostenlose Parkplätze vorfindet und für diesen Luxus obendrein auch noch bares Geld bekommt.

## Noch löchriges Ladesäulennetz in Bamberg

Was in Bamberg noch auszubauen und für das E-Auto auch existenziell notwendig ist, ist das Ladesäulennetz. Derzeit gibt es mehrere Ladestationen der Stadtwerke, außerdem am Bahnhof, beim Amt für Ländliche Entwicklung (Nähe Schillerplatz) und bei einigen privaten Autohändlern oder Tankstellen. Doch ihre Nutzung ist nicht vernetzt, jeder rechnet an-

ders ab. Und auch bei der Ladestellen-Suche im Internet spuckt jede Website andere Ergebnisse aus. Alles nicht sehr komfortabel und wenig übersichtlich.

Sinnvoll wäre also ein Infrastrukturausbau mit einheitlichem Abrechnungssystem, das möglichst in der ganzen Metropolregion Nürnberg gilt und z.B. mit einer Karte genutzt werden kann. Überall gleich hohe Ladekapazitäten, so dass es nur kurze Ladezeiten gibt. Und ein ausreichend dichtes Netz von Ladestationen, in das auch möglichst viele Arbeitgeber einbezogen werden.

## Bamberg braucht Mobilitätsnetz

Was wir in Bamberg brauchen, ist eine gute Vernetzung der verschiedenen öffentlich angebotenen Verkehrsdienstleistun-

gen aus einer Hand – wenn es nach Wunsch der GAL geht, aus der Hand der Stadtwerke. Das bedeutet: Man kann mit einer Monats- oder Jahreskarte alle Busse und Bahnen in der Region benutzen, sich von den Stadtwerken ein Car-Sharing-Elektroauto seiner Wahl ausleihen (in Kooperation mit dem vorhandenen Ökobil-Angebot), oder sich ein Fahrrad oder ein Elektrorad (Pedelec) der Stadtwerke an einer der vielen öffentlichen Fahrradleihstationen ausleihen. Das ganze online gut vernetzt, so dass man leicht erfährt: Welches Verkehrsmittel bietet mir im Moment für meine persönlichen Bedürfnisse die günstigste Fortbewegung? Das ist in Bamberg noch echte Zukunftsmusik, aber bei nötigem Durchsetzungswillen in realisierbarer Nähe.

5/15

## Fakten-Check Elektroauto

### ? CO<sub>2</sub>-Bilanz und Schadstoffausstoß

Beim Betrieb eines E-Autos ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gleich Null, nicht aber bei der Herstellung. Laut einer Studie des Fraunhofer-Instituts fallen hier 60% mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen an als bei Autos mit Verbrennungsmotoren. Schadstoffe werden außerdem beim Aufladen der E-Autos produziert. Erst ab 100.000 gefahrenen Kilometern kann man durch abgasfreies Elektro-Fahren das wieder ausgleichen, was man bei der Produktion und beim Aufladen an Schadstoffen in die Luft geblasen hat. Das hängt auch damit zusammen, dass heute noch immer mehr als 50% des deutschen Stroms aus den fossilen Brennstoffen Braunkohle, Steinkohle und Erdgas stammen. Würde jemand sein E-Auto ausschließlich mit Windenergie betreiben, wäre er schon nach 30.000 Kilometern soweit.

### ? Umweltschäden

Umweltschädlich sind die Hightech-Stoffe für die Batterien von E-Autos. Bei Abbau und Aufbereitung der Rohstoffe entstehen radioaktive Abfallprodukte, zumeist in Ländern wie China mit geringen Umweltstandards. Problematisch sind auch die Leichtbau-Karosserien der E-Autos, die vor allem aus Aluminium gefertigt werden, dessen Herstellung extrem energieintensiv ist. Der Rohstoff dafür kommt vielfach aus Regenwald-Gebieten, welcher in großem Maßstab dafür abgeholzt wird. Und man nimmt es dort mit der Entsorgung nicht so genau, Deponien werden überschwemmt, Gewässer und Böden vergiftet.

### ? Lärm

Elektroautos machen weniger Lärm, allerdings nur im Bereich von 0 bis 25 km/h. Grund dafür: Der vom Auto produzierte Lärm setzt sich aus dem Antriebsgeräusch und dem Reifen-Fahrbahn-Abroll-Geräusch zusammen. Ab 25 km/h wird das Abrollgeräusch so dominant, so dass das E-Auto mit seinem geringen Antriebslärm nicht mehr punkten kann. Selbst wenn das Ziel der Bundesregierung von 1 Mio E-Autos im Jahr 2020 erreicht würde, prognostiziert das Umweltbundesamt eine Lärminderung auf Stadtstraßen von nur 0,1 dB(A) und bei allen Straßengattungen als „nicht nennenswert“. Im Stehen allerdings, also z.B. beim Warten an der Ampel, ist das E-Auto unschlagbar: Es ist komplett geräuschlos.

5/15

Gut zum Fuß - gut zur Umwelt - GUTE WAHL!

SCHUH-LECHNER

... natürlich bequem!



Bei uns erhalten Sie

Bundgaard + Va Bene + Haferl + Think + Ganter + Loont's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.

BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)  
Mo - Fr 9.30 - 18.30 h Sa 9.30 - 14 (16) h Tel 0951/201266  
Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof



- Maler-Meisterbetrieb
- Angewandte Baubiologie
- Maler-Fachhandel

Geisfelder Straße 8, 96123 Litzendorf

Tel.: 0 95 05 / 61 73, Fax: 0 95 05 / 95 01 33

E-Mail: malermeister.lunz@t-online.de

# Das „S“ und „U“ des Mainzer Einkaufs

Alles, was man in den Rathäusern der Stadt Mainz so braucht, wird zentral beschafft. Dabei spielen öko-soziale Kriterien eine gewichtige Rolle. „Überzeugungsarbeit statt Bevormundung“ lautet die Devise von Ulrich Hellenbrand, dem Herrn über den städtischen Online-Shop. Die **gaz** sprach mit ihm über Backofenspray, Puppen und Büromöbel.

Die Leiterin einer Kindertagesstätte in Mainz geht einkaufen. Naja, sie geht eigentlich nicht, sie setzt sich an den PC und wählt die Adresse des städtischen Online-Shops. Heute braucht sie Kaffee für ihre Mitarbeiterinnen, Orangensaft für die Kinder, Papier fürs Büro, und ein paar kaputte Spielsachen müssen auch ersetzt werden. Sie klickt sich durch die Angebote und achtet besonders auf die mit „U“ oder „S“ markierten Produkte. Das bedeutet „umweltfreundlich“ und „sozial verträglich“. In kürzester Zeit ist sie durch, schickt die Bestellung ab und geht wieder an die Arbeit ins Spielzimmer. Ein paar Tage später werden die Sachen geliefert.

## 2,5 Mio Artikel im Online-Shop

So geht das in Mainz zu. 2004 wurde der Grundstein für dieses moderne Beschaffungswesen der Stadt Mainz gelegt. Aktuell umfasst es 2,5 Mio Artikel, vom Teebeutel bis zur Motorsäge, vom Kartenspiel bis zum Bürostuhl, von Zeitungsabonnements bis zu Arbeitsanzügen. Sogar Dienstreisen sollen künftig aufgenommen werden.

Ulrich Hellenbrand, damals neuer Sachbearbeiter in der „Verdingungsstelle“ – heute Abteilung „Vergabe und Einkauf“ – hat zusammen mit seinem Chef das System aufgebaut, mehr oder weniger in Eigeninitiative – eine two-men-show sozusagen. Als der Mainzer kurz vorher seine Stelle antrat, musste er feststellen, dass kaum ein Überblick darüber zu erhalten war, was von der Verwaltung wann wo wie eingekauft wurde. „Wir wollten einfach nur mal sehen, welche Büromaterialien beschafft werden. Doch es war nicht möglich. Da hat-

te dieser Mitarbeiter Kontakt zu jenem Händler, und der zu einem anderen, alle kauften irgendwo ein und die Kommune zahlte.“ Es habe zwar Rahmenverträge mit dem Großhandel gegeben, die Mengennachlässe vorsahen, doch deren Einhaltung war nicht nachzuvoll-

fee oder Klopapier zu besorgen“, sagt er. „Direkte Händlerbeziehungen können außerdem ein Quell für Mausehelei und Korruption sein.“ Und er kalkuliert ganz einfach: „Wenn viele das gleiche kaufen, kann man gemeinsam beträchtliche Rabatte heraushandeln und



The screenshot shows a web browser interface for the 'Katalog Kaffee und Tee' (Coffee and Tea Catalog) of the City of Mainz. It features a search bar, navigation tabs, and a list of coffee products. Each product entry includes a small image, a name, a price, and a 'U' or 'S' label indicating environmental or social friendliness. The table below summarizes the visible entries:

Produktname	Preis	Umweltfreundlich (U)	Sozial verträglich (S)
Colibri Espresso 20kg gemahlt	249,00 €	Ja	Nein
Colibri Espresso 20kg gemahlt	249,00 €	Nein	Ja
Colibri Espresso 20kg gemahlt	249,00 €	Ja	Nein
Colibri Espresso 20kg gemahlt	249,00 €	Nein	Ja
Colibri Espresso 20kg gemahlt	249,00 €	Ja	Nein
Colibri Espresso 20kg gemahlt	249,00 €	Nein	Ja

Screenshot vom Onlineshop des Mainzer Rathauses

ziehen. „Mit Sicherheit wurde die Stadt von solchen Händlern auch über den Tisch gezogen und zahlte unkorrekte Rechnungen“, erzählt Hellenbrand im Interview mit der **gaz**. Den Geldverlust schätzte er durchaus erheblich ein.

## 865 Accounts für 4000 Beschäftigte

Solche Zustände waren Ulrich Hellenbrand ein Graus, das merkt man ihm auch heute noch an. Nicht dass er kontrollüchtig wäre, er war und ist nur ein kühler und strenger Rechner. „Unsere Beschäftigten sollen ihre Arbeitszeit nicht mit Einkaufen vergeuden, auch wenn es schon mal Spaß machen kann, während der Dienstzeit in der Stadt Kaf-

spart Geld.“ Es sprach also viel dafür und wenig dagegen, eine zentrale Beschaffung einzuführen und komplett auf online umzustellen.

Wie haben's die Beschäftigten der Stadt aufgenommen? Wie bei allen Neuerungen „anfangs durchaus mit Widerstand“, meint der heutige Chef des Mainzer Online-Shops. Insbesondere gab es zur damaligen Zeit noch große Vorbehalte gegen das elektronische Bestellen. „Aber eigentlich war schon

nach zwei Jahren das System anerkannt.“ Heute gibt es unter den 4000 Arbeitsstellen, die in den Rathäusern, Museen, Bibliotheken, Werkstätten oder im Wohnungsbauunternehmen der Stadt Mainz über den Online-Shop versorgt werden, 865 Accounts.

Vor allem das Revisionsamt war dabei hilfreich: Es wurden einfach nur noch Bestellungen über das städtische Katalogwesen anerkannt. Wenn ein Beamter mal eben irgendwo was besorgt hat, dann war er privat

lich in Verdacht kam, und eine Ärztin sorgte während der grassierenden Vogelgrippe für ein nötiges Update bei den Desinfektionsmitteln.

## Umweltfreundlich „U“ und sozial verträglich „S“

So fanden nach und nach auch öko-soziale Standards Eingang in das Mainzer Beschaffungswesen. „Man kann bei uns öko-sozial bestellen, aber nicht nur“, erklärt Hellenbrand. „Wir sind jedoch ständig dabei, solche Standards zu markieren, mit unseren eigenen Labels U und S, aber auch mit händler- oder verbandseigenen Logos.“ Die Mainzer Beschäftigten sind also nicht gezwungen, aber angehalten bzw. eingeladen, beim Einkauf auf Konsum-Verantwortung zu achten. Für die Mitarbeiter\*innen gibt es spezifische Schulungen, etwa für KiTa-Beschäftigte zum Thema „Spielzeug“. Die Abteilung „Vergabe und Einkauf“ ist jederzeit für Fragen und Beratung ansprechbar. „Und wenn wir merken, dass in bestimmten Teilen der Stadtverwaltung dem S und dem U so gar keine Aufmerksamkeit geschenkt wird, dann kommen wir da auch mal zum Gespräch vorbei, oder schicken denen Muster und Proben, um sie zu locken“, erklärt Hellenbrand seine dezente Strategie. Durch Überzeugungsarbeit sind mittlerweile mehrere Frischfaserpapiere völlig aus dem Katalogangebot gefallen. „Nicht dass wir sie gestrichen hätten, aber der Bedarf war irgendwann einfach Null“, berichtet

Immer aktuell  
www.gaznet.de

tet Hellenbrand stolz, denn die Bezieher\*innen hatten auf umweltfreundliche Recycling-Alternativen umgestellt.

## Zivilgesellschaft arbeitet mit

Ziel des Mainzer Einkaufsexperten ist, den Katalog komplett durchzuqualifizieren, also bei allen Produkten umweltfreundliche bzw. sozial verträgliche Alternativen anzubieten und auszuzeichnen. Bei der Weiterentwicklung des Online-Shops hilft hausintern die AG „Nachhaltige Beschaffung“, bestehend aus Mitarbeiter\*innen des Grün- und Umweltamts, der Lokalen Agenda 21 und des Einkaufs. Anregungen kommen ebenfalls aus der „Lenkungsgruppe FairTrade Stadt“, in der Verwaltung, Handel und Industrie, aber auch Kirchen, Vereine und Privatmenschen aktiv und vernetzt sind. Öko-soziale Kriterien müssen auch bei den 45 Lieferanten immer wieder neu thematisiert und eingefordert werden. „Aber wenn wir als Großabnehmer nachfragen, so hat das natürlich Gewicht, und ein Händler wird sich um Zertifizierung oder gelabelte Produkte bemühen.“ Um diese Fortentwicklung kümmert sich Hellenbrand mit der Lokalen Agenda-Beauftragten und zwei Kollegen aus dem Umweltamt. Das Mainzer Modell (vor über zehn Jahren gemeinsam mit der Stadt Wiesbaden entwickelt) war damals ein Vorreiter und scheint noch heute ein Erfolgsrezept zu sein. Es zeigt, dass Wirtschaftlichkeit und Effizienz mit öko-sozialer Verantwortung bestens zu kombinieren sind. Ca. 50 Städte machen es heute genau so oder ähnlich.

ys

# Mauer durch Bamberg: Vier Meter plus?

Denkmalschutz und Lärmschutz – beim Bahnausbau steckt der Teufel im Detail.

Wird eine gemauerte Schneise aus Lärmschutzwänden mitten durch die Stadt geschlagen, wenn der Bahnausbau auf der bestehenden Trasse verwirklicht wird? Die Frage ist gar nicht so leicht zu beantworten, denn allein schon bei der Angabe einer Höhe der Lärmschutzwände gerät man ins Spekulieren.

Laut Bahn AG sind entlang der neuen Trasse drei Lärmschutzwände nötig, links und rechts der zweigleisigen Trasse mit 3 Metern Höhe, in der Mitte zwischen den beiden Gleisen mit 4 Metern Höhe. Diese Höhen sind vorgegeben durch den gesetzlichen Lärmschutz, und sie orientieren sich an den Gleisen, von denen der Lärm ja her kommt.

Ob Schneise oder nicht – auch das hängt mit der Höhe der zu erwartenden Lärmschutzwände zusammen. Nur diesmal ist relevant, wie hoch sie im Vergleich zur umgebenden Bebauung sind, wie weit sie in die wichtigen Sichtachsen

des Weltkulturerbes hineinragen, diese gar verdecken, wie mächtig und störend sie von Menschen außerhalb des Bahngeländes wahrgenommen.

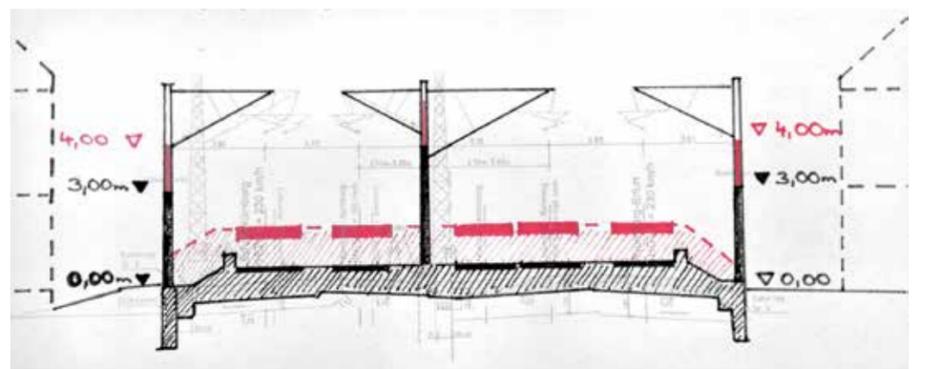
Und in diesem Zusammenhang ist es vertrackt, dass eine mögliche künftige Trasse durch die Stadt aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich höher liegen wird als heute. Bautechnisch muss das Schienenbett höher sein als bisher, vor allem weil an den fünf Straßenunterführungen die Durchfahrthöhe

künftig gesetzlich vorgeschrieben größer sein muss. Die Unterführungen kann man aber nicht so einfach tiefer legen, weil das Gefälle der Straße sonst zu steil wird. Also muss das Gleisbett eben weiter nach oben.

Kurzum: Vom Stadtbild aus betrachtet können aus den vorgegeben 3 und 4 Meter hohen Lärmschutzwänden leicht 4 und 5 Meter hohe Wände werden. Für die Haltung der Stadt, ob sie einer solchen Durch-

schneidung des Weltkulturerbes zustimmt, sollte das wichtig sein. Die bislang sehr abwartende Haltung der Stadt, das werde dann schon im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens thematisiert werden, ist dabei zu einfach. Es gilt, diese wichtige Frage – und vor allem die möglichen Alternativen – unverzüglich abzuklären. Die GAL stößt mit ihren diesbezüglichen Warnungen bislang leider wiederholt auf taube Ohren.

usa / sys



Die Skizze zeigt die geplanten Lärmschutzwauern (schwarz), die durch das erhöhte Gleisbett noch mal höher werden können (rot). Skizze: Ursula Sowa

## Wie öko-sozial kauft die Stadt Bamberg ein?

An Mainz könnte sich auch die Stadt Bamberg ein Beispiel nehmen. Hier wurden erst 2015 die Vergaberichtlinien neu beschlossen. Doch ihre tatsächliche Umsetzung könnte durch eine zentrale Beschaffung wesentlich gestärkt werden. So beinhalten die neuen Vergaberichtlinien zwar öko-soziale Kriterien und Empfehlungen, aber erst die Praxis wird zeigen, ob die bislang sanft auf Papier geschriebenen Grundsätze nicht an der harten Realität und an alt eingefahrenen Gewohnheiten scheitern. Dabei war es schon ein riesiger Akt, überhaupt Fragen zu Umweltstandards, sozialen Problemen (wie Kinderarbeit, weltweiten Arbeitsschutzbestimmungen, Gewerkschaftsfreiheit usw.) oder fairem Handel bei der Diskussion um die Vergaberichtlinien zu thematisieren. Die GAL stellte dazu 2010 einen Antrag, der über drei Jahre lang nicht behandelt wurde. Erst als die GAL-Stadträt\*innen die Behandlung beim Verwaltungsgericht einklagten, kam die Stadtverwaltung einem Urteil zuvor und setzte 2014 das Thema erstmals auf die Tagesordnung. Auch der Verein Change e.V. startete dann eine Petition für faire Beschaffung, so dass die neuen Vergaberichtlinien sich heute der Frage der Konsumverantwortung stellen. Im Rahmen eines zentralen städtischen Beschaffungswesens könnten diese öko-sozialen Kriterien noch deutlich besser verwirklicht werden.

ys

# Willkommen hinterm Stacheldraht?!

Deutschlands Asylpolitik wird immer grotesker. Die Verantwortlichen verstricken sich in ständig neue, hilflose Einfälle und orientierungslose Reglementierungen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die ARE, die Aufnahme- und Rückführungseinrichtung auf dem Bamberger Konversionsgelände. Die 99Z zieht eine Zwischenbilanz, vier Monate nach Eröffnung der ARE.

Die Idee, das ehemalige US-Areal mit seinen zahlreichen Wohnungen für Flüchtlinge zu nutzen, ist nicht neu. Bereits im August 2014 unterzeichneten auf Initiative der GAL 36 Bamberger Prominente und mehr als 1700 BürgerInnen den „Bamberger Asyl-Appell“. Man forderte die Verantwortlichen auf, sofort bezugsfähigen, leer stehenden Wohnraum für Asylsuchende zur Verfügung zu stellen und diese nicht in überfüllten Unterkünften, Zelten, Garagen und auf Betonböden schlafen zu lassen.

Doch es dauerte ein gutes Jahr, bis endlich konkret etwas in Gang kam. Eine Entwicklung, die bedauerlicherweise wieder in ein anderes Extrem schwappte. Im Juni 2015 war davon die Rede, dass Gebäude der Flynn Housing Area gegebenenfalls für den Notfallplan der bayerischen Staatsregierung als Flüchtlingsunterkunft gebraucht werden. Im Juli plante man eine Erstaufnahmeeinrichtung für 600 Asylsuchende, egal welcher Herkunft. Im August überraschten die bayerische Staatsregierung und die Stadtspitze den Stadtrat in seiner Sommerferiensitzung mit dem Beschluss, ein so genanntes Balkanzentrum für 1500 Flüchtlinge einzurichten, mit dem Ziel, diese von dort aus schnell wieder abschieben zu können. Seit November 2015 ist geplant, das Lager auf 4500 Personen zu erweitern. Wo erst gar nichts passiert und Leerstand herrscht, gerät die Politik plötzlich in hektischen Aktionismus und pfercht Menschen auf engstem Raum zusammen.

## Wird Asylrecht ausgehöhlt?

Mitte September wurde die ARE 2 (die Nummer 1 liegt in Manching) eröffnet, für Flüchtlinge aus dem Balkan mit so genannter „geringer Bleibwahrscheinlichkeit“, die hier ihr gesamtes Asylverfahren von Beginn bis Ende abwarten sollen. Zunächst wurden sie vor allem aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf hierher

verlegt. Laut den Verantwortlichen sollten sie nur drei bis vier Wochen bleiben, um dann wieder abgeschoben zu werden, denn in der Regel werden Asylgesuche aus „sicheren Herkunftsstaaten“ (und dazu gehören inzwischen alle Balkanländer: Albanien, Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien) abgelehnt.

Kritische Stimmen befürchten bei einer solchen Aussonderung und Vorsortierung der Asylsuchenden gravierende Mängel bei der Bearbeitung der Asylanträge: Werden sie überhaupt noch individuell geprüft? Wird nicht vielmehr schon durch die Zuordnung zur ARE pauschal geurteilt, und ein Asylgesuch hat keine Chance?

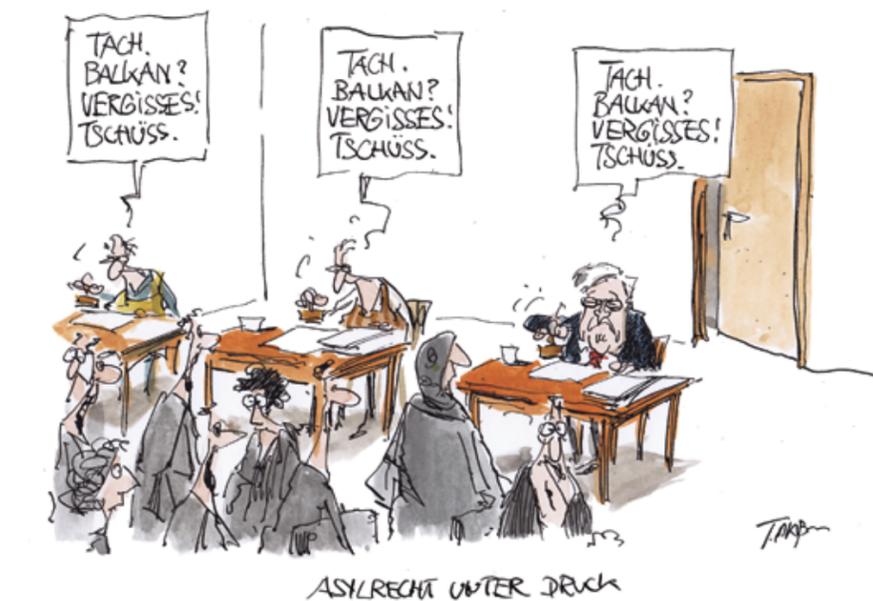
De facto gab es bis Ende 2015 – nach Auskunft der ARE-Leitung – keinen einzigen positiven Bescheid. Abschiebungen hingegen funktionieren reihenweise. Und noch mehr die so genannte „freiwillige Rückkehr“. Denn da hat sich der Staat selbst ein effektives Druckmittel an die Hand gegeben: Wer abgeschoben wird, erhält automatisch für bis zu fünf Jahre ein Wiedereinreiseverbot, wer „freiwillig“ geht, hat Chancen, dem zu entgehen.

## Gegenteil von Willkommenskultur

Die ARE in Bamberg ist kein Gefängnis, und die Flüchtlinge sind dort auch nicht unwürdig untergebracht, aber man merkt an vielen Dingen, dass den Menschen klar und deutlich gemacht werden soll, dass sie hier nicht erwünscht sind. Sie bekommen Bettdecken, die normalerweise in Deutschland als Umzugsdecken benutzt werden (siehe Kasten). Dazu papierähnliche Einweg-Zellstoff-Laken und -bezüge, die nicht waschbar sind.

Eine ca. 90 qm große Wohnung, die nur zum Teil aus abgeschlossenen Zimmern besteht, teilen sich 16 Personen – das ist die offizielle Version. Tatsächlich gibt es heftigere Beispiele wie etwa konkret eine

70-qm-Wohnung für 9 Erwachsene und 8 Kinder. Da gibt es zwar noch die Einbauküchen der US-Amerikaner, aber ohne



Karikatur: Thomas Pfaffmann

Herd, Kühlschrank oder Geschirrspüler. Mal eben einen Kakao kochen, geht nicht ohne Herd und Topf – und die Milch kann man auch nur jetzt im Winter auf dem Balkon aufbewahren. Gegessen wird in der Kantine, drei Mal am Tag. Entsprechend bekommen die ARE-Bewohner\*innen auch kein Geld, um sich selbst Lebensmittel zu kaufen. Essen darf aus der Kantine nicht mitgenommen werden, das wird kontrolliert. Wenn ein Kind zwischen durch mal Hunger hat ... Pech.

Und wer krank ist, im Bett liegt und nicht in die Kantine gehen kann, kriegt unter Umständen auch nichts zu essen. Die Mahlzeit aus der Kantine mit ins Zimmer nehmen – das dürfen die Angehörigen nur, wenn ein entsprechende Bescheinigung vom Arzt über die Krankheit vorliegt. Ein Arzt ist aber nur montags, mittwochs und freitags da.

Security ist allerorten auf dem Gelände. Beim Verlassen der ARE muss man sich abmelden, beim Zurückkommen wieder anmelden. Besuch von draußen empfangen – das ist allenfalls Glückssache, normalerweise kommt keiner rein.

Während Abschiebungen behördlicherseits immer fix organisiert wurden, ist bei der Asylsozialberatung noch überhaupt nichts geschehen. Dem Stadtrat gegenüber versicherte die bayerische Sozialministerin Emilia Müller, es werde eine ausreichende Asylsozialberatung geben. Doch bisher ist in der ARE noch keine einzige Stel-

Doch statistisch droht das System ARE auf lange Sicht zu scheitern. Als man im November beschließt, die ARE auf 4500 Bewohner\*innen zu vergrößern, war das „Abschiebelager“ noch zu keinem Zeitpunkt mit mehr als 700 Personen gefüllt. Der Anteil der Asylsuchenden aus dem Balkan aber geht zurück, im Herbst auf nicht

Hals über Kopf verlassen mussten. Viele Fälle, bei denen Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt ein Leichtes wäre.

Das Aufpeppen der Belegungsstatistik führte also dazu, dass in großer Anzahl schulpflichtige Kinder in der ARE wohnen, denn nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland müssen Kinder in die Schule gehen (dürfen). Das hatte man im ursprünglichen Konzept von nur ein paar Wochen ARE-Aufenthalt nicht eingerechnet. 160 schulpflichtige Kinder aller Altersstufen und mit verschiedenen Sprachen lebten am Ende des Jahres in der ARE. Für sie strickte man mit heißer Nadel mal eben einen neuen Schulsprengel, der nur die ARE umfasst – mit zwei (!) Lehrern. So genannter Unterricht findet für jedes Kind nur drei oder vier mal die Woche statt, und dann allenfalls zwei Stunden. Ohne Not wurden sogar Bamberger Flüchtlingskinder, deren Familien aus Gemeinschaftsunterkünften im Stadtgebiet in die ARE verlegt wurden, aus ihren Schulen entfernt.

## Trübe Ausblicke für Bamberg?

Um die ARE voll zu bekommen, wird es bei den Balkanflüchtlings nicht bleiben. Ghana und Senegal gelten ebenfalls als sichere Herkunftsstaaten. Außerdem kündigte Staatsministerin Emilia Müller bereits an, dass auch Antragsteller von Asylfolgeanträgen und Menschen ohne gültige Ausweispapiere demnächst hierher umverteilt werden sollen.

Geplant ist von Bayern außerdem die komplette Umstellung von Geld- auf Sachleistungen in der ARE. Und diese sollen für Ausreisepflichtige und Menschen ohne Pass sogar noch gekürzt werden. Damit käme der Staat vermutlich mit der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom August 2012 in Konflikt, die ein soziokulturelles Existenzminimum garantiert.

Das System ARE ist ein düsterer Fleck in der Weltkulturerbestadt Bamberg. Bisher hat man die Chance vergeben, auf dem Konversionsgelände eine menschenfreundliche und willkommen heißende Flüchtlingsunterkunft zu schaffen.

5/15

## Wer g'scheit friert, haut auch früher wieder ab ...

**Was ist das? Auflösung des Bilderrätsels von Seite 1**  
Richtig ist Antwort 3, wobei auch die anderen Antworten leider nur haarscharf an der Realität vorbei gehen. Tatsächlich handelt es sich um ein 2 Millimeter dickes Stoffstück in der Größe 2 mal 1,5 Meter. Es ist ersichtlich aus gepressten und genähten Stoffabfällen produziert und wird üblicherweise dazu verwendet, bei Renovierungsarbeiten den Boden abzudecken oder bei Umzügen kratzgefährdete Oberflächen zu schützen. Im Handel ist das Produkt auch unter den Bezeichnungen Abdeckvlies, Packdecke oder Möbeldecke zu finden. Man bekommt bei ebay 10 solcher Decken für 19,90 Euro oder bei [www.umzugsshop.de](http://www.umzugsshop.de) genau das vorliegende Exemplar in gleicher Größe für 1,86 Euro. Die fotografierte Decke auf der 99Z-Titelseite stammt aus der ARE (Aufnahme und Rückführungseinrichtung für Balkanflüchtlinge) auf dem Bamberger Konversionsgelände. Jede\*r Asylsuchende bekommt dort ein Exemplar, um sich nachts in seinem

Bett zuzudecken. Kritik an dieser völlig mangelhaften und schäbigen Ausstattung wiesen die Verantwortlichen bei Eröffnung der Einrichtung mit dem Argument zurück, die Zimmer seien ja beheizbar. Nach Informationen der 99Z besorgten sich die Bewohner\*innen der Unterkunft größtenteils selbst über Bekannte oder Kleiderkammern eigene Decken oder kauften sich solche von ihrem Taschengeld, sobald sie eines bekamen. Im Dezember dann behauptete die ARE-Leitung gegenüber dem Ombudsteam der Stadt Bamberg, man habe inzwischen normale Bettdecken angeschafft, die Billig-Vlies-Variante sei ausgemustert worden. Bei einer Pressebegehung kurz vor Weihnachten wurden jedoch in neuen, noch nicht bezogenen Zimmern genau dieselben bekannten Decken vorgefunden – zu sehen in der heute-Sendung vom 21.12.2015. Es ist beschämend, wie knickrig und mitleidlos ein reiches Land wie Deutschland mit den geringsten Bedürfnissen hilfesuchender Menschen umgeht.

5/15



Zimmer in der ARE.

Foto: Ursula Sowa

# Salz oder nicht Salz? – das ist hier die Frage

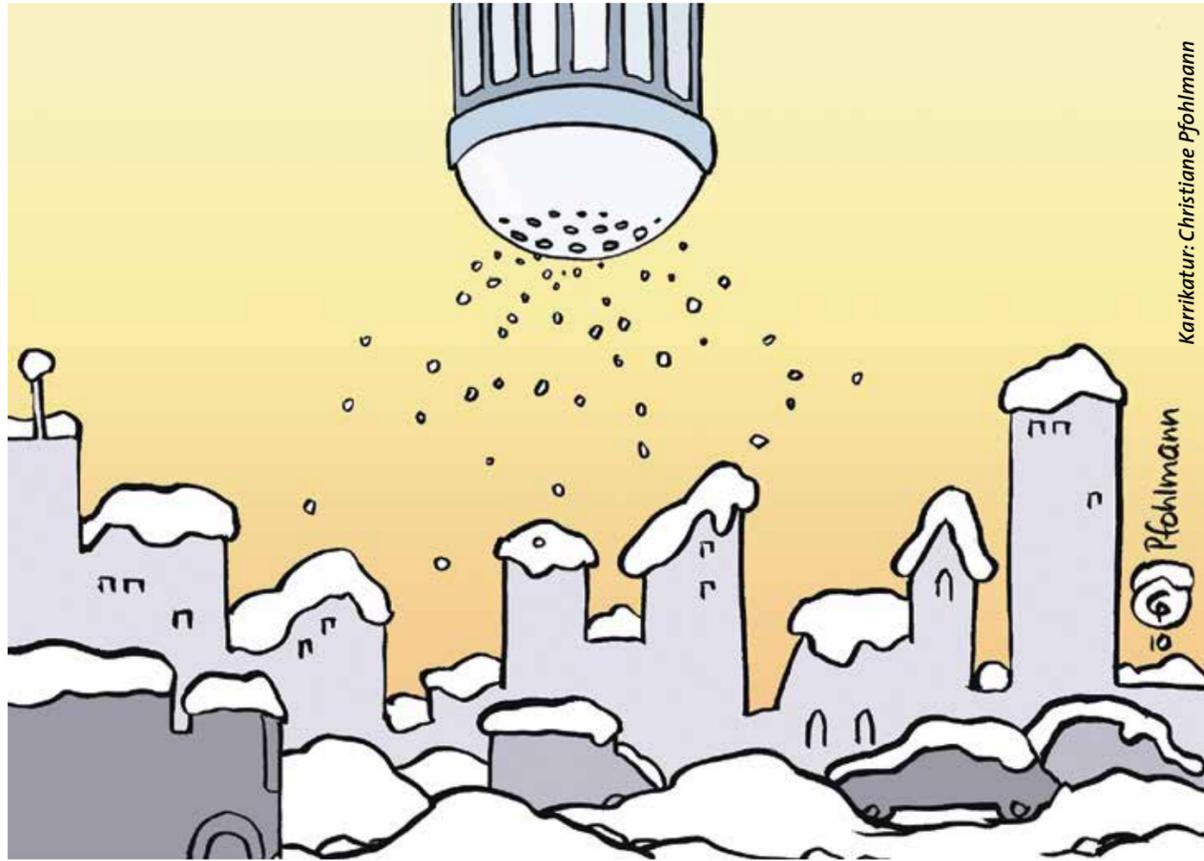
Streusalz – eine Gefahr für Natur und Weltkulturerbe – offiziell nicht erwünscht, aber trotzdem häufig benutzt

Die Folgen sind oft erst Monate später sichtbar: Bäume vertrocknen, weil sie nicht ausreichend Wasser aufnehmen konnten. Besonders betroffen sind Kastanien, Linden und Ahorn. Verursacht wird dies durch den Einsatz von Streusalz in Winter.

Sobald die Temperaturen wieder steigen, gelangt das Salz mit dem Schmelzwasser in den Boden. Dort tötet die hohe Salzkonzentration außerdem eine Vielzahl von Kleinstlebewesen ab. Diese sind wiederum für die Nährstoffversorgung des Bodens unersetzlich.

Auch die Bausubstanz historischer Gebäude kann durch die Chloride, die im Streusalz enthalten sind, angegriffen werden.

Aufgrund dieser Tatsache ist es sehr erfreulich, dass der Einsatz von Streusalz in Bamberg offiziell nicht erwünscht zu sein scheint. In der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung des Verkehrs auf Gehbahnen zur Winterzeit in der Stadt Bamberg von 2010 heißt es unter § 9 (1): Die Vorder- und Hinterlieger haben die Sicherungsfläche täglich ab 7.30 Uhr von Schnee zu räumen und bei Schnee-, Reif- oder Eisglätte mit geeigneten abstumpfenden Mit-



Karikatur: Christiane Pfohlmann

tel (z.B. Sand, Splitt), nicht jedoch mit Tausalz oder ätzenden Mitteln zu bestreuen oder das Eis zu beseitigen. Bei besonderer Glättegefahr (z.B. an Treppen oder erheblichen Steigungen) oder bei außergewöhnlichen Witterungsverhältnissen

(z.B. Eisregen) ist das Streuen von Tausalz zulässig.

Bei einer auf den ersten Blick so eindeutig formulierten Vorgabe erscheint es verwunderlich, dass im Alltag in der Stadt Bamberg unbesorgt und großzügig Salz gestreut wird. Die GAL beobachtete diesen Einsatz verstärkt und hatte den Eindruck, dass dabei kaum Unrechtsbewusstsein vorhanden zu sein scheint. Außerdem gab die Stadtverwaltung auf GAL-Anfrage zu, dass in den öffentlich zugänglichen Streukästen ein Salz-Splitt-Gemisch zur Verfügung gestellt wurde, das zu 25 bis 30 Prozent aus Salz besteht, um Vereisungen

zu vermeiden. Der städtische Entsorgungs- und Baubetrieb hält sich somit eigentlich selbst nicht an das Ortsrecht. Daher stellte die GAL im November 2014 folgenden Antrag:

„1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bevölkerung, insbesondere die Hausbesitzer\*innen, über das Verbot des Ausbringens von Auftausalz oder sonstigen ätzenden Mitteln zu informieren und aufzuklären. Außerdem sind hausmeisterlich tätige Firmen und Winterdienste über diese Vorschrift des Bamberger Ortsrechts zu informieren, und zwar gezielt, also durch direktes Anschreiben. Geschäfte, die

Streusalz verkaufen, sind ebenfalls in Kenntnis zu setzen, mit der Aufforderung, Streusalz aus ihrem Angebot zu nehmen. 2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Alternativen zu dem vom EBB derzeit verwendeten Splitt-Salz-Gemisch, das in den Streukästen bereit gestellt wird, zu suchen.“

Außerdem bat die GAL im Zusammenhang mit dem Antrag noch um die Beantwortung der Fragen, inwieweit Privatpersonen, Hausverwaltungen oder Winterdienste für das Ausbringen von Streusalz belangt werden könnten und in-

wieweit Geschäfte mit dem Verkauf von Streumitteln gegen Ortsrecht verstoßen und belangt werden könnten.

Die Sitzungsvorlage vom 9. Februar gibt auf beide Fragen sehr zögerlich wirkende Antworten: Für ein Verbot des Verkaufs von Streusalz gebe es keine rechtliche Grundlage. In Bamberg würden auch viele Menschen aus angrenzenden Gemeinden einkaufen, in denen der Einsatz von Streusalz nicht verboten sei. Den Gebrauch von Streusalz bei gewöhnlicher Witterung und außerhalb einer Gefahrenlage nachzuweisen, sei schwierig und problematisch. Die Stadt selbst würde sich um die zurückhaltende Verwendung bemühen. Man hoffe, dass Prävention und Information wirken würden. Vom hohen Salzanteil in den Streukästen wollte die Verwaltung nicht abrücken.

Insgesamt erscheint das Vorgehen gegen die Verwendung von Streusalz nur bedingt durchsetzungsfreudig. Aber immerhin wies das Umweltamt auf Drängen der GAL die örtlichen Verkaufsstellen auf die ortrechtlichen Vorgaben und auf Alternativen zum Salz hin. Ein ähnlich lautendes Schreiben sollte an alle städtischen Unternehmen gehen und an deren Vorbildfunktion für die Bürgerschaft appellieren.

Es bleibt zu hoffen, dass viele Menschen in dieser schönen Stadt selbst verantwortungsbewusst handeln und auf Tausalz verzichten. Der Erhalt des Baumbestandes und des Weltkulturerbes sollte es wert sein!

fc

## Alternativen zu Streusalz – diese Tipps sind im Internet zu finden

- ❁ 30 im Handel erhältliche Streumittel sind mit dem **Blauen Engel** ausgezeichnet und werden vom **Umweltbundesamt** empfohlen. [www.blauer-engel.de/de/produktwelt/haushalt-wohnen/streumittel](http://www.blauer-engel.de/de/produktwelt/haushalt-wohnen/streumittel)
- ❁ abstumpfende Mittel wie Sand, Splitt und Granulat
- ❁ Asche aus dem Holzofen
- ❁ Sägespäne, Stroschnitt, Blumenerde

## GALiges Auf zähen Reisen: die Nahverkehrsschnecke

Uuuuaahhh – Gääähnnnn ... Eine Bamberger Nahverkehrsschnecke wurde mal wieder auf dem Weg zwischen Rathaus und Landratsamt gesichtet. Was den ÖPNV in Stadt und Land angeht, sind ja traditionell viele Schnecken unterwegs, die sich gegenseitig mit großem Engagement an Langsamkeit überbieten. Hhhmmmmfffff...

Die aktuell gesichtete Schnecke trägt die hochtrabende Benennung „Achsenkonzept Nahverkehrsplanung“, aber nehmen wir einfach ihren Kosenamen „Achsy“. Konkret soll Achsy bessere Buskonzepte zwischen Bamberg und jeweils den drei Verbindungsachsen nach Memmelsdorf, Burgebrach und Scheßlitz bringen.

Der Stadtrat beschloss im März 2013 grünes Licht für eine Planung mit vorheriger Untersuchung der Fahrgastpotenziale, und schickte die Nahverkehrsschnecke also los. Als die GAL in schneckenartgerechter Geduld ein gutes Jahr später nachfragte, befand sich Achsy gerade im Landratsamt. Denn der OB antwortete in einem Schreiben, die Federführung liege jetzt beim Landkreis und der habe sich erst kürzlich damit befasst, und einer Haushaltsbefragung zugestimmt, welche dann im Herbst 2014 zu erwarten sei.

Aber im Sommer, Herbst und Winter 2014 musste Achsy sich erst noch ganz lange ganz

dringend und ausgiebig ausruhen. Chrrrrr chrrrrr chrrrrr. Erst im Februar und März 2015 fühlte sie sich wieder dem Stress gewachsen, Stichprobenbefragungen bei EinwohnerInnen in Bamberg und Umgebung auszuhalten, obwohl die ja eigentlich nur von einem beauftragten Büro durchgeführt wurden. Aber für so eine Verwaltungsschnecke ist das einfach eine kaum nachvollziehbare Belastung, das muss man schon verstehen. Ächz ... stöhn ... seufz ...

Im September 2015 lagen die Stichprobenergebnisse des Büros dann vor und wurden im Bamberger Umweltsenat vorgestellt. Jetzt muss sich Achsy erneut auf den Weg machen – und der wird gepflastert sein mit schwer zu überwindenden und Kräfte zehrenden Hindernissen, welcher der Sitzungsvortrag im Umweltsenat anschaulich aufzählt: „Abstimmungsarbeiten“ zwischen Rathaus und Landratsamt, „konzessionsrechtliche, vergaberechtliche und beihilferechtliche Fragen“, „Planungsalternativen“. Deshalb werde es kaum möglich sein ... schlorch ... kriech ... schmier ... dass Achsy vor Frühjahr 2016 irgendwo in einem Busfahrplan eintrifft und (Schleim)Spuren hinterlässt, so der OB. Und das drei Jahre nach Beginn der Reise.

Aber was soll's. Nur die Ruhe, Achsy, kein Stress ... no panic ... gääähnn ... immer schön laaangsaam ...

sys

### „Giftige Geschäfte“

Grüner Filmmitwoch  
am 24.2.2016  
Lichtspielkino,  
Untere Königstr. 34

Der Dokumentarfilm verfolgt das europäische Recycling-System für Elektroschrott bis nach China, Afrika und in die USA. 75 Prozent der 50 Millionen Tonnen werden illegal entsorgt. Ein Riesengeschäft auf Kosten der Umwelt und der Gesundheit vieler Menschen. Im Anschluss an den Film ist ein Skype-Gespräch mit der Regisseurin geplant.

### Kurt Meier Umzüge

Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg  
Tel. 09 51 / 20 22 76  
Nah- & Fernumzüge  
Entrümpelungen · Kleintransporte

### impresum

Die **gaz** wird von der **Redaktionsgruppe** der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet: Charlotte Flügel (fc), Petra Friedrich, Harald Rink, Sylvia Schaible (sys), Ursula Sowa (usa).  
**Verantwortliche Redakteurin:** (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777, gaz@gal.bamberg.de  
**Gestaltung:** Erich Weiß Verlag, Bamberg

**Druck:** Haßfurter MEDIENPARTNER GmbH & Co. KG  
**Herausgeber:** Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt, [www.gal.bamberg.de](http://www.gal.bamberg.de)

**Auflage:** 20.000  
Nr. 82 / Januar/Februar 2016  
Die **gaz** wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.



### Petra Friedrich

Staatl. geprüfte Technikerin (Hochbau)  
Hemmerleinstr. 3, Rückgebäude  
96050 Bamberg

Ökologische Altbausanierung

